

# Medien und Recht

6/25

43. Jahrgang / Dezember 2025

Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht

## WERBERECHT

*Michael R. Kogler*

**Die Verordnung (EU) 2024/900 zur Transparenz politischer Werbung – Überregulierung statt „Besserer Rechtsetzung“**

## MEDIENRECHT

*Peter Zöchbauer*

**Zur (mangelnden) Diversionsfähigkeit von „Ehrdelikten“**

Kostenersatz im selbstständigen Entschädigungsverfahren

Kabarettist – satirische Äußerungen in Medien – journalistische Sorgfalt

## PERSÖNLICHKEITSSCHUTZ

**„victim blaming“: Bildnisschutz – immaterieller Schadenersatz**

**Shitstorm:** Persönlichkeitseingriff – Begrenzung durch den Gesamtschaden

**Wahlbeobachter in Serbien:** Ehrverletzung auf ausländischer Website (Serbien) – internationale Zuständigkeit

## DATENSCHUTZRECHT

ORF-Beitrags Service GmbH – Verarbeitung der Melddaten – Rechtsschutz

## IP-RECHT

*Raphael Fendl / Sandra Haslinger*

**Der IP-Day 2025 – Tagungsbericht**

## URHEBERRECHT

**Gemeinschaftsantennenanlagen:** Satelliten-Rundfunkempfangsanlage für Gebäudekomplexe

Wahrnehmungsgenehmigung für den TDM-Rechtevorbehalt

## ABGABENRECHT

*Marie-Christin Böhler / Elena Brandner*

**Umsatzsteuerliche Behandlung der Einbringung von Bildrechten in ein Unternehmen**

## LITERATUR

Thomas Henne: Archivrecht (Rez.: *Stefan Haupt*)

Grabenwarter/Holoubek/Leitl-Staudinger (Hrsg): European Media Freedom Act (Rez.: *Heinz Wittmann*)

#### 4. Conclusio

Hinsichtlich der umsatzsteuerlichen Einordnung qualifizierte das BFG die Einbringung des Fotoarchivs im Wert von 704.250 EUR als steuerbaren Umsatz des Bf. Entscheidend war, dass die Werknutzungsrechte der Fotos im Rahmen der beruflichen Tätigkeit des Bf entstanden waren und somit dem Betriebsvermögen zuzuordnen waren. Weiters führte das BFG aus, dass die Steuerbarkeit unabhängig davon, ob die Einbringung als Leistungsaustausch oder als Einlage im Sinne des § 3 Abs 2 UStG angesehen wird, besteht. Durch die Berechtigung zum Vorsteuerabzug bleibt der Vorgang jedoch zuletzt steuerneutral. Selbst wenn der Vorgang als Einlage eingeordnet wird, gelangt man über die Steuerverrechnung nach § 12 Abs 15 UStG im Endeffekt zu einem steuerneutralen Ergebnis<sup>6)</sup> – insofern die GmbH voll vorsteuerabzugsberechtigt ist.

Wird eine Rechnung (nach § 12 Abs 15 UStG) erst später (zB im Jahr 2026) durch den Einzelunternehmer ausgestellt, sollte uE der Vorsteuerabzug durch die GmbH dennoch im Jahr der Rechnungsausstellung und des Rechnungserhalts zulässig sein. Das Recht auf Vorsteuerabzug ist grundsätzlich für den Zeitraum auszuüben, in dem zum einen dieses Recht entstanden ist und zum anderen der Steuerpflichtige im Besitz einer Rechnung ist. Die abziehbaren Vorsteuerbeträge „fallen“ dann grundsätzlich in den Veranlagungszeitraum, in dem sämtliche Voraussetzungen erfüllt sind, der Leistungsempfänger also auch eine Rechnung besitzt.<sup>7)</sup>

Zwar wurde die Revision gegen das Erkenntnis vom BFG als unzulässig erachtet, jedoch steht die endgültige Klärung dieses Sachverhalts noch aus, da aktuell eine außerordentliche Revision beim VwGH<sup>8)</sup> anhängig ist.

6) Vgl. Ruppe/Achatz, Umsatzsteuergesetz: Kommentar<sup>6</sup> (2024), Rz 82.

7) BFG 15.07.2022, RV/2100130/2022.

8) Ra 2025/15/0041.

## Literatur

### Archivrecht

**Thomas Henne: Archivrecht – Leitfaden für Praxis und Ausbildung**, Erich Schmidt Verlag 2025, XXXVIII, 479 Seiten, ISBN 978-3-503-24042-5, 48,00 €

Am 02.07.2025 wurde die von Thomas Henne verfasste Monographie „Archivrecht – Leitfaden für Praxis und Ausbildung“ veröffentlicht. Sie wurde auf Grundlage des Arbeitsvertrages im Auftrag der Archivschule Marburg erarbeitet (Seite VIII). Im Vorwort schreibt Dr. Irmgard Christa Becker, die Leiterin der Archivschule Marburg – Hochschule für Archivwissenschaft, dass ein Anspruch darin besteht, das Archivrecht für Archivare als Nichtjuristen in der allgemeinen Rechtsordnung zu kontextualisieren. Dabei verfolgt der Verfasser einerseits einen rechtswissenschaftlichen Anspruch, andererseits will er rechtssystematische Fragestellungen berücksichtigen. Damit wird die Monographie zu einem Meilenstein in Bezug auf die Professionalisierung des Archivwesens. Es liegt erstmals ein Lehrbuch (Seiten 11, 375) des Archivrechts vor, das in unmittelbarer Zusammenarbeit mit der Archivschule Marburg entstanden ist.

Im ersten, dem *Allgemeinen Teil*, werden die „Archivrelevante[n] Teile der Rechtsordnung“ behandelt. Dabei erfolgt die Gliederung nicht in Kapitel, sondern in neun Themen. Diese sind: Grundlagen, archivrelevante Grundrechte, Auswirkungen des Rechtsstaatsprinzips bei der Anwendung des Archivrechts, archivrelevante Teile des allgemeinen Verwaltungsrechts, archivrelevante Teile des Datenschutzrechts und der Informationsfreiheitsgesetze, archivrelevante Teile des Kulturgutschutzgesetzes und des Denkmalschutzrechts, archivrelevante Teile des Steuerrechts, archivrelevante Teile des Zivilrechts sowie archivrelevante Teile des materiellen Strafrechts. Bezüglich des

Strafrechts ist erwähnenswert, dass es ein separates Literaturverzeichnis gibt (Seite 211).

Der zweite, der *Besondere Teil*, mit dem Titel „Der rechtliche Rahmen der archivischen Fachaufgaben“ umfasst folgende fünf Kapitel: die Entstehung von Archivgut, die Erschließung und die Bestandserhaltung von Archivgut, die Beseitigung von Archivgut („Nachkassation“), die Nutzung von Archivgut durch den Zugang zum Archiv sowie die Nutzung von Archivgut durch Ausstellungen.

Im Vorwort macht der Verfasser einen Schachzug, der im digitalen Zeitalter viel zu selten gespielt wird. Er erklärt, dass urheberrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit archivrechtlichen Fragestellungen nicht behandelt werden und verweist auf öffentlich zugängliche Abhandlungen im Internet. Dennoch kommt der Autor nicht umhin, urheberrechtliche Fragestellungen zu streifen. Das betrifft folgende Aspekte: Es gibt für Archive kein bereichsspezifisches Urheberrecht (Seite 21). Im Zusammenhang mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht wird auf das besondere Persönlichkeitsrecht und damit auch auf das Urheberrecht verwiesen (Seite 85). Einen eigenen Abschnitt gibt es zur „Störerhaftung im Urheberrecht“ (Seite 185). Im Zusammenhang mit dem virtuellen Lesesaal wird darauf verwiesen, dass Einschränkungen durch Persönlichkeits- oder Urheberrechte vorliegen können (Seite 343). In dem Vorschlag für ein Prüfungsschema bezüglich der Abwägung zwischen den Rechten der Nutzer und den Rechten der Personen, die im Archivgut vorkommen, wird darauf hingewiesen, dass urheberrechtliche Aspekte in dem Lehrbuch nicht behandelt werden (Seite 375).

Die Wertschätzung des Autors für den „Papst“ des Archivrechts, Prof. Dr. Rainer Polley, findet im Verweis auf die durch diesen erstellte Bibliografie zum Archivrecht (bis 2015) seinen Ausdruck. Die Bibliografie ist über die Webseite der Archivschule Marburg abrufbar.

Die Absicht des Autors besteht darin, Nichtjuristen den Einblick in das Archivrecht zu erleichtern. Deswegen werden Rechtsgrundlagen detailliert erläutert. Zudem wird viel mit Beispielen, Gegenbeispielen und Prüfungsfragen (Seite 42) gearbeitet. Mit der sehr systematischen Beschreibung des Archivrechts geht einher, dass auch das Schema für die Auslegung von Gesetzen beschrieben wird:

- a) nach dem Wortlaut, d. h. die grammatische Auslegung (Seite 42),
- b) historisch, d. h. im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte der Norm (Seite 43),
- c) systematisch, d. h. nach dem Ziel der Regelung, wobei letzteres mit anderen Gesetzen harmonisieren muss (Seite 44),
- d) teleologisch, d. h. nach dem Zweck der Regelung sowie der Gegenwart (Seite 45).

Weiterhin wird auf das Ermessen (Seite 47) sowie unbestimmte Rechtsbegriffe, die Verhältnismäßigkeit (Seite 114), sowie das Jedermannsrecht bezüglich der Archivnutzung (Seite 117) eingegangen.

Im Abschnitt zum Kulturgut wird der Stralsunder Bibliotheksfall besprochen (Seite 151). Open Access ist ein Thema (Seite 223), wobei die Situation in Hessen beschrieben wird. Es wird auf die Gefahr der Demenz des historischen Gedächtnisses hingewiesen; in diesem Zusammenhang wird auf die Meinung von Clemens Rehm zur Lösungsverpflichtung für Datenhalter eingegangen (Seite 285). Henne verneint eine Lösungsverpflichtung nach Art. 17 Abs. 1 lit. c) DSGVO, weil die Norm nur einen von mehreren Gründen für das Verlangen der Löschung regelt (Seite 285).

Spannend sind die Ausführungen zur „Justiziabilität der Bewertungsentscheidung“ (Seite 297). Henne stellt klar, dass er weder der These von Becker/Oldenhage im Kommentar zum Bundesarchivgesetz, noch der Mindermeinung von Rainer Polley (Seiten 298, 299) folgt. Das führt zu der Schlussfolgerung, dass Gerichte Bewertungsentscheidungen im Detail überprüfen können.

Hilfreich ist das Muster für einen Depositionsvertrag (Seiten 312-319).

Dieses Lehrbuch gibt auf alle wesentlichen archivrelevanten Rechtsfragen fundierte Antworten und bietet dadurch einen strukturierten Gesamtüberblick mit vielen archivbezogenen Beispielen.

Die Ausklammerung des Urheberrechts ist ein Wink mit dem Zaunpfahl dahingehend, dass Henne es für notwendig erachtet, das Thema Urheberrecht und Archiv separat zu behandeln.

**Prof. Dr. Stefan Haupt**, Rechtsanwalt in Berlin  
[www.haupt-rechtsanwalte.de](http://www.haupt-rechtsanwalte.de)

## European Media Freedom Act

**Christoph Grabenwarter, Michael Holoubek, Barbara Leitl-Staudinger (Hrsg.), European Media Freedom Act (EMFA)**, Reihe: REM - Recht der elektronischen Massenmedien, MANZ Verlag Wien, ISBN: 978-3-214-26233-4, XX, 208 Seiten, EUR 64,00

Mit dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA – European Media Freedom Act) besteht in der Europäi-

schen Union erstmals ein einheitlicher Rechtsrahmen für redaktionell verantwortete Mediendienste, also für Presse und öffentlichen wie privaten Rundfunk ebenso wie für elektronische Mediendienste. Die Beiträge in diesem Buch bieten eine umfassende und tiefgehende Analyse dieses Regelwerks.

Einleitend nimmt *Josef Trappel* eine Einordnung des neuen EU-Regelwerks aus Sicht der europäischen Kommunikationspolitik vor und zeigt dessen Hintergründe auf, insbes die Sorge der Kommission, dass in einigen Mitgliedstaaten die redaktionelle Unabhängigkeit von Mediendienstanbietern durch staatlichen Zugriff und damit die demokratischen Strukturen gefährdet sind.

*Andreas Th. Müller* gibt in seinem Beitrag einen Einblick in die vielfältigen internationalrechtlichen Bezüge des europäischen Medienfreiheitsgesetzes. *Christoph Grabenwarter* widmet sich dem verfassungsrechtlichen Rahmen der Medienfreiheit insbes an Hand der VfGH-Erkenntnisse zur Rundfunkfreiheit.

*Walter Obwexer* setzt sich eingehend mit den kompetenzrechtlichen Grundlagen des Medienfreiheitsgesetzes im Unionsrecht auseinander und kommt zu dem Schluss, dass sich die Binnenmarktkompetenz (Art 114 AEUV) nur eingeschränkt als Rechtsgrundlage für das EMFA eignet. Dem EuGH liegt dazu schon eine Vorlagefrage vor, sodass vielleicht bald mit einer Klarstellung von Seiten des Höchstgerichts zu rechnen ist.

Der Beitrag von *Matthias Cornils* fokussiert auf zentrale Fragen der Anwendung des EMFA: der Richtliniencharakter der Verordnung, der ungeklärte territoriale Anwendungsbereich, Fehlen des Herkunftslandprinzips und rätselhafte Aufsichtsregelungen.

Den Rechten der Mediendienstanbieter gem Art 4 EMFA – redaktionelle Unabhängigkeit und journalistischer Quellenschutz – widmet sich *Claudia Fuchs* in ihrem Beitrag. *Hans Peter Lehofer* analysiert die Regelungen des EMFA in Bezug auf die öffentlich-rechtlichen Mediendienstanbieter.

*Thomas Jaeger* und *Sophie Haiden* untersuchen die Auswirkungen des EMFA auf das österreichische Medienzusammenschlussrecht (Kartellrecht); es werden insoweit keine großen Veränderungen erwartet.

*Ranjana Andrea Achleitner* setzt sich mit dem Medienprivileg bei der Bereitstellung von Inhalten der Mediendienstanbieter auf sehr großen Online-Plattformen auseinander. Art 18 EMFA gewährleistet einen Schutzmechanismus gegen Eingriffe der Plattformbetreiber in Medieninhalte. *Elisabeth Hödl* befasst sich mit den Regelungen der Art 24 (Publikumsmessung) und Art 25 EMFA (Zuweisung öffentlicher Mittel für staatliche Werbung und Liefer- oder Dienstleistungsaufträge).

Den Abschluss bildet der Beitrag von *Barbara Leitl-Staudinger* zum Europäischen Gremium für Mediendienste und zur Zusammenarbeit der nationalen Behörden in Regulierungsfragen. Die Tätigkeit des neuen Gremiums erschöpft sich in einer Beratungsfunktion für die Kommission.

Damit liegt ein außerordentlich gelungener Sammelband und zugleich Kommentar vor, der die Details und Auswirkungen des EMFA transparent macht.

**Heinz Wittmann**